

Lühner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60.

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönau Nr. 18

Druck und Verlag von Franz Reuchel, Schönau (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Otto Herrmann, Schönau (Katzbach).
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Reuchel in Schönau (Katzbach).

Die Ausgabe
erfolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,80 Mk., monatlich 60 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,95 Mk., mit Abtrag 2,10 Mk.

Ämtliche Zeitung
für die Veröffentlichungen der Stadt, Behörden und des Amtsgerichts.

Anzeigenpreis
1spaltige Grundzeile oder deren Raum 20 Pf., für ausw. Anzeigen 25 Pf., Textzeile 50 Pf. Bei gerichtl. Beitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 9 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 90.

Lahn, Dienstag, den 5. August 1919.

16. Jahrg.

Ratifizierung des Friedensvertrages durch England und Frankreich.

Aus London wird gemeldet: Nach der am 31. Juli erfolgten Genehmigung des Friedensvertrages und des englisch-französischen Abkommens im Oberhause hat der König diese beiden Dokumente unterzeichnet, so daß sie von jetzt ab als Gesetz gelten. Damit ist die Ratifizierung des Friedensvertrages in England vollzogen, und es steht nur noch ihre Ratifizierung in Paris aus.

Auch Frankreich hat ratifiziert.

Der Friedensauschuß der französischen Kammer ratifizierte Freitag, den 1. August, nachmittags, den Friedensvertrag.

Der französische Ministerrat über das Kriegsende.

Aus Paris wird dem „Handelsblatt“ gemeldet: Der Ministerrat hat die Unterzeichnung eines Geschenkvertrages genehmigt, wonach der Krieg offiziell als beendet erklärt wird an dem Tage, an dem die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland im Staatsanzeiger veröffentlicht wird, ohne daß also abgewartet werden wird, bis der Friede auch mit den übrigen noch mit Frankreich im Kriege befindlichen Mächten geschlossen ist. Frankreich wird demnach sich mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei als nicht mehr im Kriege befindlich betrachten, obwohl mit diesen Staaten der Friede noch nicht abgeschlossen ist. Mit dem Aufhören der Feindseligkeiten wird Foch den Oberbefehl über die alliierten Armeen niederlegen und man spricht davon, ihm den Oberbefehl über die Besatzungstruppen im Rheingebiet anzubieten. Es ist jedoch zweifelhaft, ob Foch diesen Posten annehmen wird, da er seiner jetzigen Stellung nicht entspricht.

Die festgehaltenen Kriegsgefangenen.

In einer in Versailles abgehaltenen Vollversammlung des Organisationsausschusses der Wiedergutmachungskommission, in der auf interalliiertem Seite Minister Loucheur den Vorsitz führte, nahm der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Freiherr v. Lerzner, Gelegenheit, die Ententeregierungen nochmals zu bitten, endlich die Frage der Heimbeibringung der deutschen Kriegsgefangenen in Angriff zu nehmen. Minister Loucheur versprach, dem Ministerpräsidenten Clemenceau umgehend von dem Ersuchen des Präsidenten der deutschen Friedensdelegation Kenntnis zu geben.

Poincarés Rücktrittsabsichten.

Poincaré läßt jetzt auch durch einen Zeitartikel im „Matin“ feierlich verkünden, daß er im kommenden Jahre nicht mehr für die Präsidentschaft der Republik kandidieren werde.

Schwere Anklagen des Prinzen Heinrich gegen England.

Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichten

einen offenen Brief des Prinzen Heinrich von Preußen an König Georg V. von England. Hierin wird England die Hauptschuld an der Herbeiführung des furchtbarsten aller Kriege zugemessen. Die Hungerblockade, dieses humane Werkzeug englischer Kriegskunst, hat durch den jähen Abbruch des U-Bootkrieges ihre Wirkung ebenso wenig gegen das deutsche Volk verfehlt, wie ehemals die britischen Maßnahmen gegen Frauen und Kinder der Buren. Deutschland ist willenlos und wehrlos der Rache und Habgier seiner erbarmungslosen Gegner ausgeliefert. Der deutsche Geist werde demnächst Rechenschaft von seinen Peinigungen fordern, mögen auch viele Jahre darüber hingehen. Prinz Heinrich bittet darum in zwölfster Stunde nochmals, nicht zum geringsten im eigenen Interesse der Person des Königs, namens der Gerechtigkeit von dem für alle Staaten gleich verhängnisvollen Schritt der Auslieferung oder Vorgerichtstellung Kaiser Wilhelms Abstand zu nehmen.

Weder deutsche noch polnische Truppen in Danzig.

Wie Reuter aus Paris meldet, hat der Oberste Rat beschlossen, daß alle deutschen Truppen sich aus Danzig zurückziehen müssen und daß es den polnischen Truppen verboten ist, in Danzig einzurücken. Das Gebiet wird von drei Abgrenzungskommissionen verwaltet werden.

Geeresleitung und Waffenstillstand.

Erzellenz v. Hinge, Großes Hauptquartier telegraphierte am 30. Oktober 1918 an das Auswärtige Amt:

D. S. L. mitteilt nachstehende Agentenmeldung vom 25. ds. Mts. aus Bern:

Augenblicklich findet im französischen Hauptquartier B. ipredung zwischen Haigh, Pershing und Foch statt, wegen der zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen. Besprechungen sind nicht abgeschlossen, bisher werden folgende Ansprüche der Alliierten verlaubbart:

1. Strikte Abwekung von Verhandlung mit Ludendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zu Verhandlungen mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag gewählten Kommission.

2. Rückzug der deutschen Truppen bis an die Grenze.

3. Sofortige Okkupation des geräumten Gebietes durch die Alliierten.

4. Verbleib sämtlichen Kriegsmaterials in dem zu räumenden Gebiete.

5. Räumung Elsaß-Lothringens und Besetzung der Städte Metz und Straßburg durch die Alliierten.

Ende Oktober hatte also die Entente im Waffenstillstandsentswurf noch keine Besetzung des linken Rheinuferes vorgesehen. Zu dieser Verschärfung fühlte sie sich augenscheinlich erst durch den immer offener werdenden Zusammenbruch ermutigt.

Sowjet-Ungarische Ende.

In der am Freitag nachmittag abgehaltenen Sitzung des Budapester Zentralarbeiterrats ist der revolutionäre regierende Rat der Räterepublik zurückgetreten. Die Regierungsgewalt wurde von einer aus den Vertretern der Gewerkschaften gebildeten reinsozialistischen Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Julius Weibel übernommen. Minister des Inneren ist Karl Payer, Kriegsminister Joseph Haubrich, Minister des Äußeren Peter Agostor. Die neue Regierung erklärt in einer Proklamation, daß sie als ihre erste Aufgabe die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Einleitung von Verhandlungen mit der Entente betrachte.

Der Rücktritt der Regierung Bela Kshuns ist kein freiwilliger, sondern die Arbeiterschaft der Hauptstadt hat die Regierung gestürzt. Er ist auch nicht die direkte Folge der in den letzten Tagen geflogenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Räteregierung, den gemäßigten Sozialisten und den militärischen Missionen der Entente. Diese Verhandlungen haben sich zerlegt. Die Sowjetregierung Bela Kshuns, die den Friedensvorschlag der Entente abgelehnt und den Widerstand bis zum äußersten proklamiert hatte, bot schließlich den bis fast vor die Tore Budapests vorgebrungenen Rumänen den Waffenstillstand an. Dieser wurde der Roten Armee jedoch verweigert. Nun gab es kein Halten mehr. Die Räteregierung brach zusammen.

Ungarn unterwirft sich der Entente.

Im Auftrage des neuen Ministeriums ist der Präsident des Budapester Arbeiter- und Soldatenrats Weizner in Wien eingetroffen. Er begab sich sofort zu den Vertretern der Entente mission, um Verhandlungen mit der Entente einzuleiten. Vor allem wird die Frage der rumänischen Operation behandelt. Die neue ungarische Regierung erklärte Ungarns Unterwerfung und bittet die Entente, den Vormarsch der Rumänen, die bereits die Theiß überschritten haben und auf dem Wege nach Budapest kaum noch Widerstand finden, Einhalt zu tun. Aber es bleibt abzuwarten, ob die Entente diese neue Regierung als rechtmäßig anerkennen wird.

Tages-Nachrichten.

Ausnahme der deutschen Verfassung.

Die Nationalversammlung hat in ihrer Nachmittagsitzung am Donnerstag die Verfassung nach Beendigung der dritten Lesung in der Gesamtabstimmung mit 262 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Als abends gegen 9 Uhr nach dem Abschluß der Verhandlungen der Ministerpräsident und der Minister des Innern in eindrucksvollen Neben dem deutschen Volke die neue demokratische und republikanische Verfassung gleichsam überreichten, wurde am First des Nationaltheaters die neue Reichsflagge schwarz-rot-gold gehißt. Eine große Menschenmenge war vor dem Hause versammelt, um Zeuge